

Dringliche Anfrage

Fraktion der FDP

Hannover, den 03.04.2017

DITIB, Diyanet und die Entwicklungen in der Türkei

Seit 40 Jahren wird an deutschen Schulen Türkischunterricht angeboten. Häufig wird dieser Unterricht von Konsulatslehrkräften durchgeführt. Die Konsulatslehrkräfte sind Beamte des türkischen Staates. Ihre Lehrpläne werden von türkischen Behörden erstellt. Die *WELT* hat am 2. April 2017 berichtet, dass auch an niedersächsischen Schulen Konsulatslehrkräfte eingesetzt werden. Problematisch erscheint dies vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei und der forcierten Einflussnahme der dortigen Regierung auf die türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland. Medien kritisieren insbesondere, dass der türkische Staat über die Konsulatslehrkräfte direkten Einfluss in deutschen Schulen bekomme.

Ein politischer Einfluss ist möglicherweise auch in der muslimischen Gefängnisseelsorge gegeben, die DITIB in Kooperation mit dem Land Niedersachsen durchführt. Aufgrund der in der Satzung von DITIB verankerten Eingriffsrechte türkischer Regierungsstellen und des Umstands, dass die Imame von DITIB Beamte des türkischen Staates sind, hat der türkische Staat womöglich einen hohen Einfluss auf die Durchführung der Gefängnisseelsorge. Dies erscheint vielen problematisch, da die Seelsorge einen zentralen Baustein für die Prävention von Radikalisierung in Gefängnissen darstellt. Unklar scheint überdies zu sein, welche Rolle DITIB-Imame auch außerhalb von Gefängnissen bei der Prävention von und der Radikalisierung zum Salafismus spielen.

In der Öffentlichkeit fordern viele (Muslime eingeschlossen), dass der Einfluss türkischer Regierungsstellen auf den Islam in Deutschland geringer werden müsse. Nur so könne verhindert werden, dass politische Verwerfungen zwischen Deutschland und der Türkei sich nicht negativ auf das muslimische Leben in Deutschland und die Kooperation von Staat und muslimischen Gemeinschaften auswirken. Zahlreiche Muslime und muslimische Organisationen engagieren sich in der deutschen Zivilgesellschaft. Sie werden aufgrund des Einflusses der türkischen Regierung in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend misstrauisch beobachtet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele türkische Konsulatslehrkräfte werden an niedersächsischen Schulen eingesetzt?
2. Plant die Landesregierung, die muslimische Gefängnisseelsorge in der heutigen Form weiterzuführen?
3. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um die von vielen Seiten geforderte Unabhängigkeit muslimischer Verbände vom türkischen Staat in Zukunft besser zu gewährleisten?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Ausgegeben am 03.04.2017)